

22. November 2016

Landesverband Bayern e.V.

c/o Sub e.V.

Müllerstraße 14

80469 München

E-Mail: bayern@lsvd.de

www.bayern.lsvd.de

Lesben und Schwule sollen nach dem Willen der CSU draußen bleiben!

LSVD Bayern fordert Sitz für LSBTI* im Bayerischen Rundfunk- und Medienrat

*Anlässlich der bevorstehenden Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes (17/13224) erklärt **Johannes Meyer, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Landesverband Bayern:***

Der Gesetzesentwurf der Bayrischen Staatsregierung zur Änderung des Bayrischen Rundfunkgesetzes und des Bayrischen Mediengesetzes macht ein weiteres Mal deutlich, für welche Art von Akzeptanz und gesellschaftliche Vielfalt die CSU in Bayern steht. Auch in dem aktuellen Entwurf der Landesregierung werden Schwulen, Lesben, Bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen (LSBTI*) Menschen Sichtbarkeit und Teilhabe verweigert – dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Gebot der Vielfaltssicherung wird der aktuelle Entwurf nicht gerecht.

Als LSVD Bayern wollen wir nicht schweigen, wenn Menschen aufgrund ihrer Liebe zum gleichen Geschlecht oder ihrer geschlechtlichen Identität die Teilhabe und Sichtbarkeit in den Medien verwehrt wird.

Der LSVD Bayern hat deshalb einen Brief an den Bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer geschrieben und ihn gebeten, besonders jetzt ein Zeichen für gesellschaftliche Vielfalt und ein diskriminierungsfreies Miteinander in Bayern setzen. In den vergangenen Wochen und Monaten sind homophobe und transphobe Stimmen wieder lauter geworden. Die Gegner*innen von Gleichstellung und Akzeptanz hetzen in unerträglicher Weise gegen LSBTI*. Die erstmalige Berücksichtigung von Lesben und Schwulen im Bayerischen Rundfunkrat und im Bayrischen Medienrat wäre ein deutliches Signal, dass sich die Landesregierung in Bayern diesen menschenverachtenden Haltungen entgegenstellt.

Akzeptanz, Mitmenschlichkeit, Vielfältigkeit und Offenheit – das sind die Werte, die unsere offene und pluralistische Gesellschaft prägen, und auch bei der Zusammensetzung des Rundfunk- und Medienrats zum Tragen kommen sollten. Mit der Einbeziehung von LSBTI* und auch weiteren bislang nicht vertretenen gesellschaftlichen Gruppen würde auch den Einwicklungen in der Zivilgesellschaft der letzten Jahrzehnte Rechnung getragen.

Hintergrund

[Brief des LSVD Bayern an den Bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer](#)